

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

„Die finanzielle Situation der Stadt ist momentan nicht schlecht, aber es gibt keine Garantie, dass dies dauerhaft so bleibt.“ Das war der erste Satz in unserer HH-Rede des letzten Jahres. Es ging schneller als wir alle befürchtet haben: Die Finanzen der Stadt Rastatt sind dem allgemeinen Trend gefolgt.

**Allgemeine
Finanzsituation**

Dass die HH-Gestaltung durch Einflussmöglichkeiten auf der Einnahmenseite nicht sehr groß ist, ist ebenfalls bekannt. Unsere Fraktion hält Steuererhöhungen sicher nicht für eine beliebig oft einsetzbare Allzweckwaffe. Wir sind in den vergangenen Jahren mit diesem Mittel sehr sparsam und vorsichtig, keineswegs leichtfertig umgegangen. Deshalb halten wir die Erhöhung der Grundsteuer auch nicht für einen bequem zu nutzenden Königsweg.

**Grundsteuer:
Erhöhung kein
Königsweg**

Dennoch kann auch die ALG/FDP-Fraktion heute der vorgeschlagenen Erhöhung der Grundsteuer zustimmen. Wir sind auch nach der Erhöhung im Städtevergleich durchaus in keiner Spitzenposition. Die Erhöhung ist für den einzelnen Steuerzahler moderat und wie wir meinen verkraftbar. Und der Charme ist, dass über die große Anzahl unter dem Strich doch eine ansehnliche Mehreinnahme herauskommt.

**moderat für
Einzelne,
viel in der Summe**

Bei der Suche nach finanziellen Reserven, würde der Verkauf von „Tafelsilber“ nur bedingt helfen. Wenn wir Gebäude oder Grundstücke nicht brauchen, ist die Vermarktung in Ordnung – einer entsprechenden Ausschreibung für ein Grundstück haben wir ja bereits zugestimmt. Die ALG/FDP-Fraktion hat darüber hinaus die Verwaltung aufgefordert, die Umnutzung und/oder Vermarktung des Geländes der jetzigen Max-Jäger-Schule rechtzeitig in die Wege zu leiten, so dass nach der endgültigen Räumung des Gebäudes das

**Finanzielle
Reserven
mobilisieren ...**

eine oder das andere zeitnah erfolgen kann. Diese Aufforderung wiederholen wir heute.

Aber nach wie vor kommt die Privatisierung städtischer Betriebe für uns nicht in Frage, das sind nur Einmaleffekte und keine nachhaltigen Einnahmen. Wir können froh sein, dass wir nicht auf den Cross-Boarder-Leasing Zug aufgesprungen sind und vor lauter Jagd auf den kurzfristigen Reibach, die langfristigen Folgen ignoriert haben. Wer das getan hat, macht keinen Profit mehr, sondern legt in Millionenhöhe drauf – wie das übrigens nicht anders zu erwarten war, wenn man nicht ganz profit-besoffen, den Blick für die Realitäten verloren hatte. Dafür, dass wir der Versuchung nie erlegen sind, kann sich das Gremium auch mal selbst loben.

**... ohne
Privatisierung
auskommen**

Dass die Einnahmen weg brechen ist ein Aspekt des Problems. Der andere ist, dass die Ausgaben nicht entsprechend flexibel an die sinkenden Einnahmen anpasst werden können. Das hat verschiedene Gründe, die wir alle kennen. Aber dennoch müssen wir bestehende Möglichkeiten ausloten. Dafür gibt es kein Patentrezept.

**Einnahmen
schwanken –
Ausgaben flexibler
machen**

Die ALG/FDP-Fraktion ist der Auffassung, dies muss Aufgabe des Haushaltssicherungsausschusses sein. In der Zwischenzeit hat er ja wieder getagt und nur ein paar scheue Ansätze gezeigt. Die Zukunft wird zeigen, ob der gestiegene Druck mehr Bereitschaft erzeugt, konstruktiv und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. In der Vergangenheit war die Veranstaltung ja nicht von großem Erfolg geprägt. Er muss zukünftig „wirksam tagen“. Wir verweisen hier auch auf den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes.

**Haushalts-
sicherungs-
ausschuss**

Gerade in einer Zeit, wo die Mittel knapp sind muss ihr Einsatz effizient erfolgen. Um das sicherzustellen, ist die Verwaltung verstärkt gefordert. Deshalb wollen wir an dieser Stelle den

**Dank an den
Kämmerer**

Beschäftigten der Verwaltung unseren Dank aussprechen. An vorderster Stelle dem Kämmerer, Herrn Nachbauer. Hier fällt ja nicht nur der erhöhte Arbeitsaufwand an, den vorgelegten Entwurf immer wieder anzupassen und zu aktualisieren, sondern es sind auch Ideen gefragt, wie die Mittel eben effizient eingesetzt werden können. – Vielen Dank!

Eine Methode, die unsere Fraktion für den Kulturbereich angeregt hat, und die sich auch auf andere Bereiche übertragen lässt, ist das Deckeln der Ausgaben. Wenn z.B. für eine besondere Ausstellung mehr ausgegeben werden soll, muss das an einer anderen Stellen im gleichen Budget eingespart und es kann nicht einfach „drauf gesattelt“ werden. Damit wird die Zunahme der Ausgaben zumindest gestoppt.

**Töpfe schaffen
und deckeln**

Diese Methode wird dazu führen, dass über die Aufgaben selbst nachgedacht wird. Aber neben dieser Aufgabenkritik muss auch die innere Organisation immer wieder auf den Prüfstand. Beides muss stattfinden, hier gibt darf nicht einseitig nur der eine oder der andere Aspekt beleuchtet werden.

**Aufgabenkritik
und innere
Organisation**

Wir haben das Thema Konjunkturprogramm sehr bewusst nicht an den Anfang unserer Haushaltsrede gesetzt. Die ALG/FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass wir zunächst unsere Hausaufgaben zu machen haben und schauen müssen, wo wir aus eigener Kraft und mit eigenen Ideen, Haushaltslücken schließen können. Erst dann darf der Ruf nach Land und Bund kommen.

**eigene Ideen
entwickeln**

Wir sehen in den jetzt vorliegenden Planungen auch die Chance genutzt, Konjunkturprogramm und Klimaschutz sinnvoll zu verbinden. Es ist allemal günstiger, Gebäude zu isolieren, gute Fenster und moderne Heizanlagen einzubauen, als im wahrsten Sinne des Wortes die Umwelt aufzuheizen. Deshalb erfüllt die

**Konjunktur-
programm**

Vorlage die Anforderung, nicht nur ein Strohfeuer zu sein – um im Bild zu bleiben.

Die erhöhten Freigrenzen für Ausschreibungen bieten gute Chancen. Dass Ausschreibungen unter 1 Mio. Euro nicht mehr Europa weit erfolgen müssen, betrifft uns weniger. Die örtlichen Betriebe, die hier Steuern zahlen und Arbeitsplätze anbieten, können besser berücksichtigt werden. Damit ist ein kleiner Schritt in die Richtung vollzogen, die die ALG/FDP-Fraktion immer schon befürwortet hat: Es kann bei knappen Preisunterschieden günstiger sein, ein örtliches Unternehmen zu beauftragen, weil über Steuern und Abgaben ein Teil des Auftragswerts wieder zurückfließt.

**Erhöhte
Freigrenzen =
Chancen für die
örtlichen Betriebe**

Nach diesen finanz-lastigen Ausführungen zu inhaltlichen Schwerpunkten. Einer davon ist die Stadtentwicklung. Stadtentwicklung ist eine Klammer zwischen vielen Bereichen, Stadtentwicklung hat nicht nur etwas mit Baugebieten zu tun. Stadtentwicklung heißt auch, die Stadt zu einem attraktiven Standort für Menschen zu machen, die ihren Wohnort wechseln wollen oder müssen. Da spielt die Infrastruktur für Kinder und Jugendliche, aber auch Angebote für das Leben im Alter eine Rolle – ebenso wie der Ruf, das Image einer Stadt.

**Stadtentwicklung
ist mehr als
Baugebiete**

Als Schulträger brauchen wir uns nicht zu verstecken. Der Schulentwicklungsplan wird immer wieder aktualisiert. Für den Ausbau der Kinderkrippen liegt ein Plan vor, der bedarfsgerecht umgesetzt werden kann. Treffpunkte für die Jugend ,Bolz- und Trendsportanlagen sind geschaffen worden und werden weiter geschaffen – ich erinnere an den Beschluss Westring / Stadtpark. Aber was nach wie vor fehlt ist aufsuchende Jugendarbeit, um die Jugend nicht sich selbst zu überlassen. So sieht das übrigens auch die Polizei in ihren Bericht.

**Kinder und
Jugendliche**

Damit wir wissen, ob wir auf dem richtigen Weg sind, ist eine Evaluierung der Betreuungseinrichtungen wichtig. Wir meinen, dazu müssen die aufnehmende Grundschulen mit einbezogen werden. Sie sehen Jahr für Jahr das Ergebnis der Arbeit der verschiedenen Einrichtungen. Aber davon unabhängig: Schon heute messbare Erfolge dürfen nicht gefährdet werden.

**Evaluierung der
Kinderbetreuung**

Eindeutiger Schwachpunkt an der Attraktivität von RA ist die Innenstadt. Wir haben da –Citymanager hin oder her- ein strukturelles Problem: Banken und Verwaltungsgebäude locken am Abend und an Wochenenden keine Menschen an. Hier sind die Immobilienbesitzer gefragt. Mehr ist in der momentanen Situation nicht zu dem Thema zu sagen.

**Belebung der
Innenstadt –
strukturelles
Problem**

Die wohnortnahe Versorgung wird nicht nur deshalb zunehmend wichtiger, weil die Bevölkerung älter und damit immobiler wird, sondern auch weil das die Umwelt schont. Unser Einzelhandelskonzept ist dafür die Grundlage – es muss immer wieder angepasst und umgesetzt werden, so wie die Konzepte für Schulentwicklung und Kinderbetreuung etc.

Senioren

Weiterhin ist die ambulante Unterstützung und wo das nicht mehr geht, die Pflege.

Wohnformen

Bei unseren Überlegungen stehen die Menschen im Mittelpunkt und das was sie brauchen.

Stadtentwicklung ist auch ein Finanzthema, dann wenn es um den Verkauf von Grundstücken geht. Da müssen wir auch ganz egoistisch als Stadt darauf achten, dass wir unsere Grundstücke verkaufen können, weil wir das Geld brauchen. Hier müssen wir zusammen mit der Verwaltung den Balanceakt schaffen, einen angemessenen Preis zu erzielen –also nicht unter Wert verschleudern– aber eine verträgliche Nutzung nicht auf dem Auge

**eigene
Grundstücke
vermarkten**

zu verlieren. Dabei denken wir vor allem an die Ludwigsfeste.

Bei der Konversion der Kasernengelände sind die beiden Aspekte Kosten und Stadtentwicklung gleichermaßen wichtig. Die unterschiedliche Interessen von Stadt und Bund können sicherlich in Einklang gebracht werden. Dazu muss der Stadtrat im Vorfeld –im Sinne eines Verhandlungsauftrags- auch klar sagen, was er will und was nicht. Die ALG/FDP-Fraktion ist der Meinung, dass es gerade im Wohngebiet Dörfel bei der Entwicklung des Joffre-Areals voran gehen muss.

**Konversion
weiterführen-
städtische
Interessen
definieren Joffre**

Hier ist auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gefragt. Zu diesem Thema haben wir ja auch schon öffentlich erklärt, dass wir die Bürgerbeteiligung als nötig erachten, wenn es um Entscheidungen geht, die sehr langfristig wirken und sehr teuer sind, wie z.B. bei der Stadtbahn. Bürgerbeteiligung darf aber nicht dazu führen, dass die Leisen von den Lauten übertönt werden oder wie es der Bundespräsident gesagt hat: „Freiheit darf nicht zum Recht des Stärkeren werden.“

**Bürgerbeteiligung
ist nicht das Recht
des Stärkeren**

Die Vereine leisten einen wichtigen Beitrag für die Gemeinschaft. Deshalb unterstützt die ALG/FDP-Fraktion weiterhin ihre Förderung. Auch in der Mitgliedschaft wird die demographische Entwicklung sichtbar und das wirkt sich direkt auf deren Angebote aus. So geht es bei den Sportvereinen von Freiluft- zu Hallenangeboten. Das wiederum hat Auswirkungen für die benötigte Infrastruktur. Auch wenn wir momentan Probleme bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben haben, so dürfen wir die langfristige Perspektive z.B. Zukunft der Carl-Diem-Halle- nicht aus den Augen verlieren.

**Vereine:
demographische
Entwicklung
verändert die
Nachfrage**

Schon heute sind Vereinskoooperationen keine Seltenheit mehr. Das muss sich dann auch in der Entwicklung der Infrastruktur niederschlagen. Gemeinsame Nutzungen können viel Geld sparen.

**Nutzung
vorhandener
Infrastruktur**

Die Vereinsförderrichtlinien sollen den Beitrag der Vereine für die Gesellschaft unterstützen. Sie stellen sozusagen eine Aufwandsentschädigung dar. Dabei ist die Jugendarbeit eine der heraus ragenden Funktionen. Diese Sozialarbeit muss weiter in den Mittelpunkt der Förderung gestellt werden.

**Jugendarbeit
„belohnen“**

Die Planung für die Eigenbetriebe ist solide. Wir gehen bei Einzelnen im schlechtesten Falle von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Auch wenn da und dort noch ein Minus-Zeichen steht, sind wir optimistisch, dass die jeweiligen Geschäftsführern dies im Haushaltsvollzug verschwinden lassen werden.

Eigenbetriebe

Die star-Energiewerke bieten ihre Leistungen zu moderaten Preisen. Das ist deshalb umso anerkennenswerter als der ökologische Bereich von Energiepolitik berücksichtigt wird, sei das mit Solar-, Wasserenergie oder Geothermie. Zudem werden mit den Überschüssen wichtige öffentliche Einrichtungen unterstützt.

star Energiewerke

Für die Mittelfristige Finanzplanung ist kaum eine verlässliche Prognose möglich. Es gibt zu viele Unsicherheiten über Dauer und Tiefe der Krise. Wir sind uns bewusst: Vieles kann hier nur Spekulation bleiben.

**Mittelfristige
Finanzplanung**

Für die Zukunft aber ist eines sicher: Weder der Staat noch das Ehrenamt alleine können alles richten. Das gilt in der Krise umso mehr. Es ist schon interessant, welche Rückbesinnungen es gibt, wenn die Zeit schlechter werden. Auch hier ein Zitat des Bundespräsidenten: „Es braucht einen starken Staat.“ Wir ergänzen: Nicht nur in der Krise.

**bürgerschaftliches
Engagement als
Ergänzung des
Staates**